Die soziale Ungleichheit im Alter wird als Folge einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis 67 Jahre deutlich wachsen. Zu diesem Schluss kommen die Arbeitsmarktforscher PD Dr. Matthias Knuth und Dr. Martin Brussig in einer aktuellen Analyse der Beschäftigungsentwicklung bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. “Dabei wird es sich nicht nur um die Verlängerung und Aufspreizung von während des Lebensverlaufs schon bestehenden sozialen Ungleichheiten handeln, sondern es wird vermehrt auch zu unvorhersehbaren sozialen Abstiegsprozessen im Alter infolge von beruflichen und privaten Fehlschlägen kommen”, schreiben die Wissenschaftler des Instituts Arbeit und Technik (IAT) in Gelsenkirchen in der aktuellen Ausgabe der WSI-Mitteilungen.

Am IAT wird seit 2003 in einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekt der so genannten “Altersübergang” vom Arbeitsleben in den Ruhestand untersucht. Durch die Rente mit 67 öffne sich die Schere beim Altersübergang weiter: Einerseits könne “der bestausgebildete und gesundheitlich vitalste Teil der älteren Erwerbsbevölkerung länger produktiv tätig sein, zum Bruttoinlandsprodukt beitragen und die Sozialversicherungssysteme entlasten.” Andererseits sei jedoch absehbar, dass “die Erwerbsmöglichkeiten Älterer nicht voll mit den Altersgrenzen mitziehen” werden, “schon gar nicht in der Form vollwertiger und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.” Folge: “Für diejenigen, die aus objektiven (Nachfrage) oder subjektiven Gründen (Leistungsfähigkeit) nicht bis zur Vollendung des 67. Lebensjahres erwerbstätig sein können, werden die Übergänge sowohl länger als auch prekärer werden.”

Die Experten warnen vor einer Fortsetzung der “widersprüchlichen” Personalpolitik der deutschen Wirtschaft. Während vor allem Arbeitgeberverbände “ein Ende des Vorruhestandes fordern, um die Belastungen für die Arbeitslosen- und Rentenversicherungen zu begrenzen”, würden “noch immer wieder Pläne von Großunternehmen bekannt Programme zur Frühausgliederung älterer Arbeitnehmer aufzulegen.” Zudem erklären sich in Umfragen nur etwa die Hälfte der Betriebe bereit, ältere Bewerber ohne Bedingungen einzustellen. Auch Untersuchungen zum realen Einstellungsverhalten zeigen, dass Arbeitnehmer über 50 bei den neu Eingestellten deutlich unterrepräsentiert sind.

* *Martin Brussig, Matthias Knuth: Altersgrenzenpolitik und Arbeitsmarkt – Zur Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters. In: WSI-Mitteilungen 6/2006*

Quelle 1: Institut Arbeit und Technik [PDF – 132 KB]
Quelle 2: Hans Böckler Stiftung